

Absender:

**Fraktion B90/Grüne, SPD-Fraktion,
Antje Keller (parteilos) im
Stadtbezirksrat 112**

24-22822
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Straßenausbaubeitragssatzung

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

10.01.2024

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach
(Entscheidung)

25.01.2024

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Die Verwaltung möge prüfen, ob es alternative Möglichkeiten für die Finanzierung von Straßenausbauten gibt und dem Rat entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Sachverhalt:

Die Niedersächsische Gemeindeordnung stellt den Kommunen frei, ob sie Straßenausbaubeiträge erheben. Die Stadt Braunschweig hat in einer Straßenausbaubeitragssatzung festgelegt, dass Anlieger Beiträge zu zahlen haben. Die entsprechenden Beiträge sind ausschließlich von den Grundstücksbesitzern zu zahlen, sie können nicht auf Mieter umgelegt werden. Im jüngsten Vorhaben sollen nach einer Kanalsanierung in Waggum, Feuerbrunnen/Kirchblick die Anlieger für den Ausbau der Straße Beiträge zahlen. Die Beiträge der Anlieger liegen teilweise bei bis zu 70.000 €, oder gar 85.000 €. Summen in dieser Höhe sind für die Anlieger existenzgefährdend. Nach einer Alternative ist zu suchen.

Gez.
Bernd Sternkieker
B90/Grüne

gez.
Paul Klie
SPD

Gez.
Antje Keller
Parteilos

Anlage/n:

Keine